



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 148 (1937)

282 (24.6.1937) Ausgabe B

[urn:nbn:de:bsz:mh40-395014](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-395014)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: R. L. 4-6, Fernsprecher: Sammelnummer 24951
Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 17590 - Trabantenschrift: Remajett Mannheim

Abdruckpreis: 22 mm breite Millimeterzelle 9 Pfennig, 70 mm breite Textmillimeterzelle 20 Pfennig. Für Familien- und Kleinanzeigen ermäßigte Grundpreise. Allgemein gültig ist die Anzeigen-Preisliste Nr. 1. Bei Anzeigenverträgen oder Kontrakten wird keinerlei Nachschlag gewährt. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für fernmündlich erteilte Aufträge. Geschäftsbereich Mannheim.

Ausgabe B wöchentlich 1,50 RM. im Monat
7 Ausgaben + 20 Pf. Trabantenschrift

Donnerstag, 24. Juni 1937

148. Jahrg. - Nr. 282/283

Die neue Spanienthrise

Beruhigende Erklärungen Neuraths an London - Deutschland bleibt im Nichteinmischungsausschuss

Trotzdem feindselige Spannung in England

Einstündige Audienz Edens beim König - Ribbentrop nach Berlin abgeflogen - Regier Gedankenaustausch London-Paris

Drahtbericht aus Londoner Vertreters
London, 24. Juni.

Der deutsche Botschafter hat gestern vormittag im Foreign Office eine Note übergeben, in der die Reichsregierung ihren Einspruch mitteilt, sich endgültig aus dem spanischen Ueberwachungs-system zurückzuziehen. Er sagte erklärend hinzu, daß dies nicht den Rücktritt Deutschlands vom Nichteinmischungsausschuss bedeute. Ein deutscher Vertreter wird also wie bisher auch an den Verhandlungen des Londoner Ausschusses teilnehmen. Italien hat sich dem deutschen Schritt angeschlossen.

Um die gleiche Zeit erklärte der Reichsaussenminister dem englischen Botschafter in Berlin, daß besagte Botschafter sei einzeln erwählt worden, um die Möglichkeit einer Verständigung über Tage zu vermeiden und die Reichsregierung werde sich auf diesen Schritt beschränken.

Als Eden hieron am frühen Nachmittag dem Unterhaus Mitteilung machte, bemerkte er dazu, die maßvolle Reaktion erlaube geschlossen die Beweisgründe an, von denen der Reichsaussenminister sich bei seiner Regierung habe lassen lassen, und begründete die Erklärung, die das Ergebnis einer am Vormittag abgeschlossenen Kabinetsberatung war, tief innig eine Berufung hervor.

Von den weiteren Vorwürfen des Tages ist zu erwähnen, daß Außenminister Eden nach seiner Unterhandlung eine etwas über einstündige Audienz beim König hatte, daß der deutsche Botschafter sich im Flugzeug nach Berlin begab, und daß London und Paris den ganzen Tag über in regem Meinungsaustausch blieben. Eine zweistündige Veranstaltung der Vögel ist aber nicht das höchste Obacht in Unterhaus nicht aufkommen lassen. Das Kabinett war mittags aus dem Parlament, um die weitere Entwicklung abzuwarten.

Insbesondere zeigt London wenig Verständnis für die durch den englisch-spanischen Handel an sich bestehende herkömmliche Notwendigkeit, die deutschen und italienischen Quittungen und Schiffe im Mittelmeer, unabhängig von dem spanischen Ueberwachungs-system, zu schützen. An den ausstehenden Kombinationen, die von den Pariser Ministern an die deutschen Schiffbewegungen in und nach dem Mittelmeer geknüpft worden sind, hat sich die deutsche Regierung nicht beteiligt. Die „Times“ ist heute so vorsichtig in diese Vorgänge, nicht einen Hinweis hineinzulegen zu wollen, der mit der ausdrücklichen Erklärung des Reichsaussenministers in Widerspruch stehen würde.

Nichtabgesehen glaubt man, in den Botschaften in weithin Mittelmeer nach hier, einen Anlaß zu dieser Nachschau geben zu müssen.

Sollten Deutschland und Italien eine unabhängige Kontrolle der roten Schiffe und der nach roten Zonen bestimmten Frachtposten ausüben, dann, so heißt es, würde das einer Blockade nachkommen und von der Nichteinmischung nicht nur noch eine Fiktion übrig. In diesem Fall würde nach Londoner Auffassung eine neue Lage von erheblichem Ernst entstehen.

Bevorstehende erwartete man Schwierigkeiten bei der Ausfüllung der Ueberwachungs-lücke vor der spanischen Mittelmeerküste. Es gilt als sicher, daß Deutschland und Italien die Uebernahme der Ueberwachung ohne durch England und Frankreich eingewilligt würden, und Aussicht, andere zum Einverständnis gewillt und solche Schritte zu finden, ist nicht groß.

Die allgemeine Lage wird unter diesen Umständen als sehr unbehaglich empfunden. Reizend bemerkt die „Times“, niemand könne heute vorwegnehmen, ob die Lage im spanischen Ueberwachungs-system und die viel weitere Fiktion, die durch die Ablehnung des Neurath-Botschafts in London entstanden ist, von Dauer sein werde oder ob man sie ausbügeln wird.

Die Nichtabnahme auf die politische Ebene. Die englische Regierung in den Botschafterver-

handlungen der letzten Tage schuldig zu sein glaubte, wird ihr nicht alle unerwarteten Rückwirkungen im Parlament ersparen. Die Labour Party hat sich hauptsächlich unter dem Druck der in Berlin und Paris steigenden Unzufriedenheiten in der zweiten Internationalen zu einem neuen Vorschlag gegen die Nichteinmischungspolitik als solche entschlossen. Gelegenheit dazu gibt ihr schon heute eine allgemeine außenpolitische Debatte im Unterhaus. Die Partei wird dabei verlangen, daß an Stelle des Nichteinmischungsausschusses der Bül-

terbund die Führung in der spanischen Frage übernehme und daß die Demokratischen die Vorkontrollen an Valencia freistellen.

„Admiral Graf Spee“ nach Spanien ausgelassen

Berlin, 24. Juni.

Das Panzerkreuzer „Admiral Graf Spee“ ist am Mittwochabend zur Wahrnehmung deutscher Interessen nach Spanien ausgelassen.

Ueberflüssige Panikstimmung in Paris

Beruhigende Wirkung des Neurath-Schrittes - Sondierungen in Amerika?

Drahtbericht aus Pariser Vertreters
Paris, 24. Juni.

Der Außenminister Delbos empfing gestern den englischen Botschafter in Paris, mit dem er sich über die neue Spannung in der internationalen Lage eingehend unterhielt. In den französischen politischen Kreisen verbreitete sich wie ein Lauffeuer eine Stimmung, die mehr als besorgt war. Sie schon beinahe an Panik grenzte. Schon wieder fiel in Paris das Wort Krieg. Man bestärkte nämlich, daß Deutschland irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen gegen die spanischen Blockadewerter ergreifen und daß diese mit irgendeiner kriegerischen Handlung, wenn nicht gar mit einer förmlichen Kriegserklärung antworten könnten. Der Außenminister Delbos zeigte sich daher sofort mit den außenpolitischen Ausschüssen von Senat und Parlament in Verbindung. Die Besorgnis wich noch, als im Laufe des Nachmittags in Paris bekannt wurde, daß Deutschland und Italien sich aus dem Kontroll-ausschuss endgültig zurückzogen.

Erst die Unterhandlung Edens, der Reichsaussenministers von Neurath habe ausdrücklich versichert, daß keine direkten Vergeltungsmaßnahmen gegen Postpaniker ergreifen würden, hat die Hochspannung in Paris mit einem Schlag wieder in sich zusammenfallen lassen. Man ver-

stärkte die Quasi-Vertrauen erleichtert und getrübt, daß man angesichts dieser deutschen Zusicherung den ganzen Vorkriegsstand als erstrebenswert ansehen könnte. Inzwischen ist durch den Austritt Deutschlands und Italiens aus der Kontrollkommission eine völlig neue Lage geschaffen worden. Die Nichteinmischung ist doch gerade durch die Kontrollkommission garantiert. Falls die Kontrolle fort, dann müßte auch die Nichteinmischung bedroht sein. Selbst wenn Deutschland und Italien an der Politik der Nichteinmischung festhalten wollten.

In der Presse werden in den außerordentlichen Kommentaren die „Gefahren“ der angeblich neuen Lage geschildert. Wichtig aber erscheint eine Mitteilung des „Deutscher“, daß nun auch die Vereinigten Staaten sich direkt beteiligen könnten, sich um die spanische Frage zu kümmern. Die der „Figaro“ hinzugefügt, habe man am Quasi-Vertrauen sogar schon die Hoffnung.

Daß die amerikanische Flotte die Kontrolle in dem von Deutschland und Italien angelegenen Sektor der spanischen Gewässer übernehmen könnte. Der Außenminister Delbos habe sich deshalb gestern sofort mit dem amerikanischen Botschafter in Verbindung gesetzt, obwohl dieser ausdrücklich außer Reichweite zur Erholung an der französischen Riviera weilte.

Keine Zurückziehung der italienischen Schiffe

Aber Verbleiben im Nichteinmischungsausschuss - Engste Solidarität mit Berlin!

Drahtbericht aus röm. Korrespondenten
Rom, 24. Juni.

In der zuletzten mit Deutschland erzielten endgültigen Verständigung Italiens aus dem Kontroll-ausschuss wird von ausländischer Seite bemerkt, daß Italien trotzdem im Nichteinmischungsausschuss bleiben wird. Engländer die vom halbamtlichen „Giornale d'Italia“ geäußerten Ansicht, daß nicht mehr auch die italienischen Kriegsschiffe aus dem spanischen Gewässern zurückgezogen werden werden, wird ausdrücklich widersprochen, daß die italienischen Kriegsschiffe dort verbleiben werden. Schon um die wichtigsten Handelsinteressen Italiens im weithin Mittelmeergebiet zu schützen.

Für ganz abwegig hält man an ausländischer römischer Stelle den Vorschlag, daß Rom und Berlin nunmehr England und Frankreich die Kontrolle über die bisher von Deutschland und Italien kontrollierten Zonen übertragen würden. Denn, so erklärt man, die Reichsregierung und die italienische Regierung hätten mit der Kündigung des Kontroll-ausschusses ja gerade ihre Hauptbedenken mit den anglo-französischen Methoden ausgeräumt. Mit anderen Worten:

Die italienischen und die deutschen Schiffe bleiben in den spanischen Gewässern und werden jeden neuen Ueberfall der roten Piraten nach eigenem Ermessen mit eigenen Mitteln zurückweisen, ohne sich vorher mit England und Frankreich zu beraten.

Die Römisch-Berlin-Verständigung ist also in voller Wirksamkeit, und die Kommentatoren der gelehrten italienischen Presse arbeiten diese neue Bestätigung der

deutsch-italienischen Zusammenarbeit und Freundschaft aus den Tatsachen heraus. Alle Zeitungen wiederholen, daß die deutschen Forderungen durch die beiden Seiten gewahrt seien. Das „Giornale d'Italia“ betont besonders den Umstand, daß Deutschland im Verlauf der Verhandlungen sogar auf seine erste Forderung der Auslieferung der roten U-Boote an England verzichtet und damit den besten Beweis für seinen Willen zur Fortsetzung der gemeinsamen Kontrolle gegeben hat.

Alle Länder weisen geradezu mit Entrüstung den britischen Wunsch nach einer neuen Prüfung des Ueberfalls auf die „Leipzig“ zurück. Das Blatt „Giornale“, der „Avviso d'Italia“, nennt diese britische Forderung eine Verleumdung der Taten des Panzerkreuzers „Deutschland“. Die „Luzifer“, „Stampa“ behaupten sie als „verstecktes Verbrechen“ und sagt ebenfalls: „Wir verstehen die Empfindungen Güters und seiner Mitarbeiter, die sich zu dauernden Beziehungen in der deutschen Handelsflotte getroffen haben, vollkommen.“ Die römischen Zeitungen „Giornale d'Italia“ und „Tribuna“ erklären, es könne keine Zusammenarbeit geben, wenn die Römische Regierung von London verlangt, daß eine Kriegserklärung und ihre Flotte verweigert haben.

Ganz allgemein herrscht in den höchsten politischen Kreisen das Bedauern darüber, daß die Auslieferung der Ueberfall des „Leipzig“ und der Uebernahme der Beziehungen unter den vier Großmächten durch englische und französische Schuld nun wieder verhindert worden sind. Das „Giornale d'Italia“ heißt sich, daß es wieder eine anglo-französische Einheitsfront gegen die Flotte und verarmungsvollen Ansehen Italiens und Deutschlands gebildet habe.

Von einer Krise zur anderen

Mannheim, 24. Juni.

Die internationale Lage hat gestern wieder einmal ein Höchstmaß an Spannung erreicht. Der Spanienkonflikt, dieser ungeliebte aller Bürgerkriege, die jemals geführt wurden, weil er nicht aus dem Lande selbst entspringt, sondern von außen, von Moskau, in das Land getragen wurde und deshalb auch seinen Frieden so schwer im Lande selbst finden kann, hat Europa wieder in eine ernste Krise geführt.

Deutschland und Italien haben den Kontroll-ausschuss verlassen. „Endgültig“ verlassen, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, nachdem sie bereits nach dem Ueberfall auf die „Deutschland“ sich bis zur Beseitigung dieses Zwischenfalles von seinen Arbeiten zurückgezogen hatten.

Die Gründe für diesen deutschen und italienischen Entschluß werden in der offiziellen Stellungnahme des Deutschen Nachrichtenbüros, die wir an anderer Stelle wiedergeben, ausführlich und überzeugend dargelegt. Im wesentlichen handelt es sich darum, daß Deutschland und Italien entsprechend dem Ueberfall vom 12. Juni eine sofortige gemeinsame Demonstration der vier Kontrollmächte wegen des Angriffs auf die „Leipzig“ verlangten, und daß Frankreich und England in eine solche Demonstration nicht ohne vorherige Kontrolle einwilligen wollten. Sie gaben der Erklärung der Valencia-Botschafter, die behaupteten, alle U-Boote seien in der kritischen Zeit in den roten Häfen gewesen, ebensowiel Gewicht wie dem Zeugnis des deutschen Kreuzerkommandanten und dem Worte der deutschen Regierung. Mit anderen Worten: Sie zweifelten an der Wahrheit der deutschen Darstellung, und in nichtoffiziellen Kreisen zeigte sich dieser Zweifel in so verletzender und herausfordernder Form, daß eine endgültige Stellung unter der Hand den Gedanken lancierte, der Angriff auf die „Leipzig“ könne von deutscher oder italienischer Seite selbst initiiert worden sein.

Das war eine Beleidigung der deutschen Ehre, über die es selbstverständlich eine Diskussion nicht mehr geben konnte. Der Entschluß, das Ultimatum zu verlassen, in dem Deutschlands Wort so wenig galt und das sein Solidaritätsgefühl selbst in selbstherrlichen moralischen Dingen so wenig bewies, war unter diesen Umständen das mindeste, was geschehen mußte.

Das mindeste aber, und hier öffnet sich ein Ausblick auf die Krise und aus der Diskussion, in die der gleiche Tag zunächst die diplomatische und politische Welt geführt hätte, er genügt Deutschland und Deutschland hat durch seinen Außenminister noch gestern nachmittags erklären lassen, daß es weiter im Nichteinmischungsausschuss bleibe und damit sich auch an die Nichteinmischungspolitik weiter gebunden erhalte und daß es weitere Repressalien gegenüber Valencia nicht in Erwägung ziehe. Deutschland hat damit erneut einen Beweis seiner europäischen Haltung und seiner absoluten Friedensbereitschaft erbracht. Italien ist ihm, wie es ihm schon bei seinem Vorkriegsbesuch gefolgt ist, nach auf dem Wege der Nachahmung gefolgt.

Damit hat die diplomatische Situation zunächst eine wesentliche Entspannung erfahren - eine Entspannung, die wenigstens Zeit läßt, dem Ernst der Situation, der nach wie vor besteht, in Ruhe und Ueberlegung zu begegnen. Und wie man hoffen möchte, mit einem Rest jener europäischen Solidarität, die sozial zitiert und so verlegend misshandelt wurde und die für Europas Schicksal so wesentlich ist!

Deutschland und Italien haben zwar ihren Austritt aus dem internationalen Kontrollsystem erklärt, aber sie haben beide ganz selbstverständlich nicht die Absicht, ihre Schiffe nunmehr aus Spanien zurückzuziehen. Würden sie das tun, so wäre das ja eine Denklage, die Valencia mit billigem Vergnügen als einen Triumph seiner Seite ansehen könnte. Das gute Recht hätte dann sozusagen vor dem Unrecht kapituliert! In einer solchen Kapitulation haben begrifflicherweise weder Deutschland noch Italien viel. Beide Nationen werden also ihre Schiffe in den spanischen Gewässern lassen; sie verzichten nur darauf, diese Schiffe unter

den internationalen Kontrollsystem zu stellen, sie be-
halten sich vor, Angriffe des Volkswirtschaften mit
eigenem Vermögen und mit eigenen Mitteln zu be-
ginnen.

Valencia hat es aber, solange die anderen Kon-
trollmächte es nicht in zur Ordnung rufen, daß es
ihm geraten erscheint, sich an diese Ordnung auch zu
halten, durchaus in der Hand, weitere
Zwischenfälle zu provozieren. Wir fürchten
dabei nur, daß die Haltung, die England und
Frankreich einnehmen, bei Valencia nicht gerade
beunruhigend wirken wird. Das Gerücht auf den Kreuzer
„Delgado“ hat zwar den deutschen Kreuzer nicht
gestoppt, aber es hat erfolgreich die euro-
päische Solidarität torpediert! Und
wegen dieser europäischen Solidarität war es auch in
einer Linie gerichtet. Es ist schwer anzunehmen, daß
dieser Erfolg, den man Valencia unbestreitbar
erlassen hat, es von weiteren Verlegen ab-
halten wird!

Dies ist eine große Gefahr. Das andere Problem
liegt in der Ausfällung der Kontrollmächte,
die durch das Ausschließen Italiens und Deutschlands
entstanden ist. In London und Paris hat man zu-
nächst nicht über die Kontrolle in den von
Deutschland und Italien bisher bewachten Gebieten
selbst zu übernehmen. Das ist gerade jetzt
bereits in sehr harter Form die italienische Presse,
die mit Recht darauf verweist, daß das gerade eine
Palme für die Valencia-Vollgewissen darstellt, die
nicht ohne Grund von Frankreich und England eine
weitere Kontrolle erwarteten als von Deutschland und
Italien. Das würde sich weiter als eine ernste Gefahr
nachteiligung der spanischen National-
regierung auswirken, die allein von Deutschland
und Italien anerkannt ist und deren Erfolg von beiden
Staaten ausdrücklich gewünscht wird. Eine solche
Vereinbarung im Sinne englisch-französischer
Verständigungen und halbamtlich-spanischer Wünsche
würde die spanische Sache nur weiterverdrängen. Augen-
scheinlich verhandelt man jetzt auch in London und
Paris, an diese Mächte als „Arbitr“ zu gewinnen,
gedacht ist dabei wohl in erster Linie an die Ver-
einigten Staaten, die ja wohl als einzige in
Frage kommen. Bisher aber gerade Amerika hat
sich in die spanische Sache und damit auch in die
europäischen Streitigkeiten einzuhalten, auch abgewartet
werden.

So stellt sich der Unklarheit der Situation auch
der weitere Grund der Situation befindet. Deutsch-
land und Italien waren bereit, diesem Grund in vol-
ler Solidarität mit den anderen Mächten zu begegnen.
Es ist nicht unsere Schuld, wenn dieser Wille
fruchtlos geblieben ist. Sie sind heute entschlossen,
ihm aus eigener Machtvollkommenheit und eigener
Entschlossenheit zu begegnen.

Es helfen nicht, daß sie gewonnen sind, diese
Entschlossenheit auch unter Beweis zu stellen. Aber
auch das liegt nicht an ihnen, sondern an den ande-
ren: in erster Linie an Valencia, in zweiter Linie
an England und Frankreich, die Valencia leider Chan-
cen gegen den europäischen Frieden gelassen haben,
die man ihm niemals hätte geben dürfen. Aber eines
soll man sowohl in Valencia wie in Paris und Lon-
don wissen: Deutschland und Italien werden
den Bundesfall nicht ablassen, wenn es ihnen
möglich ist, dieses Wille am ersten dann, ihre
Verantwortung gegenüber dem Gesamtfortschritt Euro-
pas wieder zu belegen, die in den letzten Wochen
immer mehr verschwinden ist. Dr. A. W.

Die italienische Erklärung

Don. Rom, 24. Juni.

Nach einer von der Regierung in Rom angedeuteten
amtlichen Mitteilung ist die italienische Kontrolle
entgegen dem Seefahrtsvertrag zurückgezogen.
Die entsprechende Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem die italienische Regierung in Folge des
Vertrages der Jungfrauen Verordnungen, die in
London zwischen den Vertretern der vier Mächte
hinsichtlich der Kontrolle der spanischen Binnenschiffe
abgeschlossen wurde, das Recht der unterzeich-
neten Solidarität für ein gemeinsames Vorgehen
betreffs der bekannten Zwischenfälle festgestellt
hat, die sich bei der internationalen Kontroll-
mission ereignet haben, hat sie dem internationalen
Vollständigen Kontrollsystem beigetreten, das
einmalig durch die internationalen Kontrollmächte
abgeschlossen wurde und von allen internationalen
Mächten anerkannt ist.“

Erzbischof gegen Staatspräsident

Ein Konflikt in Polen zwischen dem Erzbischof
— Warschau, 24. Juni. (U. V.)

Die Zusammenkunft mit dem verantwortlichen Be-
auftragten des Erzbischofs von Warschau in Polen ist
es zu einem scharfen Konflikt zwischen der polnischen
Regierung und dem Erzbischof von Warschau, Er-
zbischof, gekommen.

Erzbischof verweigert, König Carol von Rumänien,
der am Samstag in Polen eintrifft, die
Kathedrale des Erzbischofs von Warschau zu
gelassen, um das Grab des Königs des neuen
polnischen Königs, Pilsudski, zu besuchen.

Der Erzbischof begründet seine Weigerung damit,
daß König Carol kein Katholik ist. Sogar die
von den Erzbischofen aus der Kathedrale zu
entlassen, damit König Carol dem toten Pilsudski
Abstand zu einem anderen Ort als in der
Kathedrale seine Überbleibseln erweisen könne.

Die Haltung des Erzbischofs von Warschau ist
eine Behinderung im Empfangsamt, der das
Programm für den Besuch König Carol's
erweitert, bevor und Staatspräsident Mosciak, der
persönlich an Carol's Grab zu gehen, seine Haltung zu
ändern. Da der Erzbischof jedoch auf seinem Stand-
punkt beharrt, schlägt die Ministerpräsident
Mosciak, als eine Demonstration gegen Carol's
Anwesenheit, den Erzbischof aber einzuweisen
zu verweigert. Ein Minister der Regierung erachtet
es unannehmlich zu sein, aber das Cabinet be-
steht auf einer Demonstration die Anwesenheit.

In politischen Kreisen erwartet man, daß die An-
wesenheit auf diplomatischen Wege dem Erzbischof
unterschiedet und seine Intervention bei Carol's
Grab werden wird.

Warum Deutschland den Kontrollauschuss verließ

Die deutsche Erklärung und ihre Begründung - Italien schließt sich dem deutschen Schritt an

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe wissen konnten, überreichte Reichsjäger
von Ribbentrop am Mittwoch dem Londoner Kontrollauschuss folgende Erklärung der
deutschen Reichsregierung:

+ Berlin, 23. Juni.

Der Reichsjäger von Ribbentrop ist heute beantragt worden, den im Kontrollauschuss in
London vertretenen Regierungen folgende Mitteilung zu machen:

„Die Reichsregierung hat nach Bekanntwerden der Angriffe auf den Kreuzer „Leipzig“
am 13. und 18. Juni d. J. alsbald den anderen an der Seefahrt in den spanischen Ge-
wässern beteiligten Mächten mitgeteilt, daß sie nicht gewillt sei, ihre mit einer internationalen
Aufgabe betrauten Seestreitkräfte weiteren Schicksalsversuchen Spaniens auszuliefern. Sie
hat sich hinsichtlich der von ihr zu fordernden Garantien für die Sicherheit ihrer Schiffe auf ein
Minimum beschränkt, nämlich auf eine sofort auszuführende Flotteneman-
kulation der vier Kontrollmächte, um auf diese Weise eine deutlich sichtbare soli-
darische Warnung zum Ausdruck zu bringen. Da die englische und französische Regierung
sich nicht einmal zu dieser Minimalforderung haben bereitfinden lassen, muß die deutsche
Regierung zu ihrem Bedauern feststellen, daß es an derjenigen Solidarität der Kontrollmächte
fehlt, die für die Durchführung der gemeinsam übernommenen internationalen Aufgabe die
unverzichtliche Voraussetzung bildet.“

Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, sich endgültig aus dem Kontrollsystem zu-
rückziehen.“

Die Königlich-italienische Regierung hat der Reichsregierung mitgeteilt, daß sie sich deren
Vorgehen anschließt und sich ebenfalls aus dem Kontrollsystem zurückzieht.

Diese Vorläufe verpflichten sich, so bemerkt das
FNA hier ergänzend, zur folgenden stand-
sätzlichen Stellungnahme:

1. Das Deutsche Volk hat — zum Unterschied an-
derer Völker und Staaten — weder früher noch jetzt
mit dem spanischen Volk Feindschaften, die in irgend-
welchen territorialen oder sonstigen besonderen poli-
tischen deutschen Interessen begründet liegen. Deutsche
Land hat daher — ebenso wie im Unterschied zu an-
deren Staaten — an keiner der geschichtlichen Ver-
bindungen Spaniens teilgenommen. Das gilt auch für
die heutige Zeit, in der das deutsche Volk in seinem
Wohlwollen ein Verlangen nach spanischer Solidarität
hegt, das aus Deutschland — aus ähnlichen Verhältni-
sen selbst — nicht ableitbar ist.

Die gleiche von Moskau organisierte und bezahlte
Verbrecheraktion, die in Deutschland anderthalb
Jahrzehnte verurteilt hat, den Volkswirtschaften herbei-
zuführen und damit unter blutigen Banden in die
Kolonien zu verpflanzen, bemüht sich seit Jahren,
auch Spanien zu verführen. Die Art der Methoden
und Ziele kennt man. Hunderttausende abgeschla-
gene Männer, Frauen und Kinder sind die Blatzen-
gen dieser kolonialistischen Verbrechen. Daher steht
in diesem Kampf des nationalen Spaniens gegen eine
Moskauer Verbrecheraktion und Verbreiter die Sym-
patie des deutschen Volkes und damit auch seine
Führer eindeutig auf der Seite der in Spanien von
den Moskauer organisierten Banden verübten Ver-
brecheraktion der nationalen Spaniens.

Das deutsche Volk und die deutsche Regierung
haben dabei von ein Interesse, daß ein möglichst
unabhängiges Spanien wieder erhebe und
daß es ihm gelingen möge, die schwersten Wunden,
die der kolonialistische Bürgerkrieg geschlagen
hat, wieder zu heilen.

Darüber hinaus hat Deutschland dann allerdings
auch den schrecklichen Wunsch, mit diesem national-
geraubten freien und unabhängigen Spanien alle
jenes kulturellen und wirtschaftlichen Bestandes
zu pflegen, die nicht von den Interessen dieser
letzten Länder herkommen, sondern die auch in höherem
Sinne der internationalen Zusammenarbeit und
Solidarität dienlich sind.

Verbrechen sind für das deutsche Volk und seine
Regierung darüber im klaren, daß es in Europa nur
entweder ein freies unabhängiges freies Nationales
Spanien oder ein kommunistisches politisches
und damit auch wirtschaftliches Chaos
geben kann. Deutschland ist daher der Überzeugung,
daß es eine Pflicht der europäischen Staaten wäre,
gemeinsam gegen die von Moskau ausgehenden Ver-
brecheraktion zu stehen, die beschließen, das
deutsche Volk zu vernichten und nachdrücklich Nationalisten
zu verfolgen, um an ihre Stelle ein von Kommunisten
organisiertes und von Moskau als internationaler
internationaler Chaos zu legen.

Und dies ist das Verbrechen: Nicht das nation-
alpolitische Deutschland verlor aus Spanien
eine Prüfung des deutschen Volkes oder der nation-
alpolitischen Bewegung zu machen, sondern das
kolonialistische Deutschland bemüht sich, aus Spanien eine
Scheitler'sche Komintern zu machen.

Dies an sich ist aber ebenfalls im Interesse
Europas, in der Welt, wie es ja auch im Interesse
Deutschlands liegt, alle anderen Bestimmungen über
besondere Maßnahmen Deutschlands in Bezug auf Span-
ien, Marokko oder dessen sonstigen kolonialen Besitz
und von den Völkern der Welt und den Völkern besonders
in anderen westlichen Staaten gebunden werden der
Vollständigkeit erlaubten liegen.

1. Deutschland hat daher, von diesen Hoffnungen
aus geleitet, von Anfang an versucht, dahin zu
wirken, daß die beherrschende internationalistische
Kolonialisierung ausschließlich Angelegenheit der
Spanier sein möge. Das heißt, Deutsch-
land hat stets so wie Italien gleich in Spanien
bei spanischen Kriegen gegen jeden Versuch einer
politischen, internationalen, militärischen oder son-
stigen Einmischung Stellung genommen. Gerade
diese Hoffnungen, aber wurde von den demokra-
tischen und halbamtlichen Staaten abgelehnt.
Die sogenannten internationalen Angelegenheiten, die von
anderen internationalen Mächten, die letzten Kriegs-
materie, und vor allem von ihnen kamen die
Waffen, Munition und Verleumdung der kol-
onialistischen Schicksale.

Und erst als sich in Berlin der Entschluß
traf, daß — wie es nicht anders zu erwarten war —
das nationale und damit allein maßgebend unabhängige
Spanien gegenüber dem von Moskau und sein
von anderen organisierten und militärisch an-
geleiteten kolonialistischen Verbrechertum durchzuführen
begann, wurde das Interesse und in gewissen Fällen

der demokratischen Staaten für eine Annahme der
deutschen und italienischen Ideen für eine wirkliche
Nationalisierung in eben dem Maße, in dem man
zu handeln ist, dadurch der nationalen Seite
Kritik tun und der kolonialistischen Brandstiftung
Vorstand leisten zu können.

2. Trotzdem hat sich Deutschland bereitfinden,
soweit eine wirklich gerechte und allseitige Abstim-
mungsmöglichkeit möglich wäre, zu deren Herbeifüh-
rung auch jetzt noch einen Teil beizutragen. Im
Jahre dieser Bestrebungen war Deutschland daher
auch bereit, sich an den praktischen Maßnahmen seiner
Kontrolle zu beteiligen, die jedoch — dies muß heute
wenigstens insoweit es sich um die Verletzung des
kolonialistischen Zettes mit Kriegsmaterialien und
Freemissionen handelt, nicht werden — nach den ge-
meinen Erfahrungen scheinbar erfolgreich ab-
blieben ist.

3. Trotzdem wurde von den kolonialistischen
Kolonialisten in Valencia nunmehr versucht, durch
bestimmte Aktionen die den vollen Teil betref-
fende Kontrolle zu lösen und die in ihr beteilig-
ten Schiffe mit allen Mitteln auszugrei-
fen. Es erfolgte im Zuge dieser Aktionen u. a. der
Angriff auf deutsche, englische und italienische
Schiffe im Hafen von Palma. Sechs italienische Offi-
ziere sind dabei durch die Bombenwirkung der roten
Verbreiter und Tote gekommen.

Der Nationalisierungswunsch nach diese Vor-
fälle zur Kenntnis, ohne sich natürlich zu in-
gendermaßen Einseitigkeit anlassen zu lassen oder
zu wollen.

Der Überfall auf die „Deutschland“:

Um den roten Machtüberfall in Valencia jeden
Verwandten für einen Angriff zu nehmen, zog Deutsch-
land seine Schiffe aus dem Hafen von Palma zurück
und verlegte die Verantwortung für die Verletzung von
Teil der sonstigen Vorräte auf die Rechte von Jähle,
einem militärisch gänzlich belanglosen Offizier. Nur
mehr sollten die Verantwortlichen von Valencia in Ver-
folg ihrer Pflichten zu einem neuen Anschlag
und Tötung des Vorgesetzten „Deutschland“ vor
Jähle durch Bombenabwurf greifen. Das
Vorgehen ist im ganzen Verlauf dieses
Überfalls nicht einen Schritt abgewandert. Seine
eigene Opfer aber betragen 11 Tote und 77
Verwundete, unter den letzteren viele leider sehr
schwer Verletzte.

Da die deutsche Reichsregierung, durch die zurück-
liegenden Erfahrungen belehrt, der letzten Überzeu-
gung war, daß auch in diesem Falle werden die Kon-
trollmächte nach der Nationalisierungswunsch
die geringsten Entschlüsse lassen würde, hat sie von
sich aus die notwendige und für eine Gewährung
kolonialistischer Vergeltung erfüllt. Nicht um
einen Nationalist zu werden, kam durch das Bomben-
verbrechen von Valencia konnten weder die roten unteren
Panzerkräfte lebendig nach die Kräfte wieder ge-
wand werden. Reiz: die Verletzung erfolgte nur,
um durch die Vergeltung den Verbrechern in Va-
lencia die Lehre zu geben, wenigstens für die In-
kunft weitere kolonialistische Angriffe auf deutsche Kon-
trollschiffe zu unterlassen. Ebenso wurde, um Über-
fälle ähnlicher Art künftig von vornherein un-
möglich zu machen, den deutschen Seestreitkräften der
Verfall geordnet, von jetzt ab auf die umwohnende
Ufer der Seestreitkräfte der kolonialistischen Macht
über von Valencia selbst das Feuer zu eröffnen.
Die vier an der Seefahrt in den spanischen Ge-
wässern beteiligten Mächte hatten nun unter dem
Eindruck dieser Vorgänge am 12. Juni vereinbart,
daß von jetzt ab weitere Angriffe auf die Kontroll-
schiffe dieser Mächte als ihre gemeinsame Sache
anzusehen würde, und daß über die dann gemein-
sam zu erachtenden Maßnahmen sofort eine Ver-
handlung herbeigeführt werden sollte.

Ingleich wurde dabei aber festgestellt, daß bei
der Verletzung dieser Maßnahmen natürlich
die unmittelbare betroffene Macht in erster Linie
verantwortlich werden müßte.

Der Angriff auf die „Leipzig“:

3. Nachdem durch den ersten deutschen Bericht,
von jetzt ab auf alle sich annähernden roten See-
überstreitkräfte sofort das Feuer zu eröffnen, solche
Angriffe für die Zukunft möglichst unmöglich gemacht
werden waren, entschloß sich die kolonialistischen
Kolonialisten in Valencia, den Kontrollschiffen aus-
zuweichen mit Unterleuten in der See zu
geben. Sie haben diesen neuen Versuch auch un-
verzüglich offen angekündigt.

Am 13. und am 18. Juni erfolgten aus minde-
stens vier bis und einmündig beschriebene mit Unter-

schiffsbesatzung auf den Kreuzer „Leipzig“. Nach
diesem Schiff stand im Dienst der internationalen
Seefahrt. Nur durch einen glücklichen Zufall
oder durch die schnelle Schießung der roten Ver-
breiter sind die abweichenden Tote des roten Kreuz-
er vorübergegangen.

Dieser Mißfall hatte beim letzten Angriff einen
Zusammenstoß mit dem roten Unterleuten. Ein
Zweifel an der Möglichkeit dieser Feststellungen
kann vom keine Seite erhoben werden, es sei
denn, man wolle den einzigen gültigen Beweis für
eine solche Angriffe nur in der gelungenen Ver-
meidung eines der Kontrollschiffe sehen. Was ist
es klar, daß diesmal, vielleicht nur durch ein
Zusammenfallen, eine Katastrophe vermieden worden ist.
Die noch unendlich viel schlimmer hätte ausfallen
können als der Angriff auf die Schiffe von
Palma oder der auf die „Deutschland“ vor Palma.

Denn es ist eine wahrhaft kolossale Idee, die im
Dienst der internationalen Seefahrt lebenden
Schiffe nach der Ermordung oder Unmöglichkeit
weiterer Luftangriffe nunmehr durch U-Boote ter-
pedieren und dadurch, wenn möglich, ganz vernichten
zu lassen. Ein besonders unglücklicher Zufall auf die
„Leipzig“ hätte dann dieses Mal nicht ist, sondern die
oder mehr Menschen den Tod bringen können, die
unter hundert Männern, die nicht waren, als ihre
Pflicht im Dienste der internationalen Aufgaben zu
erfüllen!

Die deutschen Forderungen:

4. Hinsichtlich der erst am 12. Juni getroffenen
Bereitschaften hat die Reichsregierung diese neuen
spanischen Angriffe auf den Kreuzer „Leipzig“
nunmehr unmissverständlich den anderen an der
Seefahrt beteiligten Mächten mitgeteilt und sie
um eine sofortige Einigung über die vorzuziehende
gemeinsamen Gegenmaßnahmen ersucht. Zwi-
schlich sind auch die Beratungen darüber zwischen
den einzelnen Mächten in London unmissverständlich
genommen worden.

Deutschland hat bei diesen Beratungen zunächst
den Vorschlag gemacht, eine Widerleistung derart
inhaber und betrüblicher Angriffe auf die Kontroll-
schiffe von Seiten der Valencia-Moskauer in Zu-
kunft einzufrieren zu unterbinden,

daß deren U-Boote in einem noch zu bestimm-
enden Maße interniert würden. Ferner wurde
von deutscher Seite vorgeschlagen, als direkt
Antwort auf den neuen Angriff eine sofortige ge-
meinsame Flottenemanikulation von Valencia
durchzuführen und am die roten Machtüberfall
in Valencia eine Warnung zu richten, daß von nun
an jeder weitere Angriff auf irgend einen der inter-
nationalen Seefahrt sofortige schärfste Ge-
genmaßnahmen der vier beteiligten Kontroll-
mächte zur Folge haben würden.

Und was ist die Kontrollmächte?

Während alle diese deutschen Vorschläge die so-
fortige und entschlossene Unterstützung des italieni-
schen Vertreters fanden, wurden von englischer und
französischer Seite Einwendungen dagegen erhoben.
Der englische und französische Vertreter erklärten,
daß der von der deutschen Regierung angegebene
Sachverhalt von der roten Regierung in Valencia
in Abrede gestellt wurde und

daß deshalb zunächst eine Klärung des Sach-
verhaltes stattfinden müßte und daß danach ein
die Frage entschieden werden könne, ob und
welche Maßnahmen getroffen werden.

Das heißt mit anderen Worten: Der Kontroll-
auschuss ist jetzt über außerordentlichen Umständen
durch die Unterföhrung der Möglichkeit der An-
gaben einer an Kontrollmächte beteiligten Macht
deren Behauptungen in Zweifel und macht sich
damit von vornherein die Argumente des roten An-
treibers zu einem Ding: die Möglichkeit, alle weiteren
Schritte erst von einer internationalen Klärung
abhängig zu machen, liegt zu dem Zweck und bei
Bereitschaft am 12. Juni in förmlichem Wider-
spruch.

Ein solches Verfahren würde unter den obge-
nannten Umständen nur eine Folge haben; nämlich: die
roten Pläne zur Fortsetzung ihrer verbrecherischen
Anschläge zu ermöglichen!

Denn der Sachverhalt, an sich ist durch die Ver-
letzung des Kontrollschiffes eindeutig und klar
festgestellt.

Er wird verhärtet durch die deutsche Marine-
behörde und damit durch die deutsche Reichsregie-
rung. Darüber hinaus kann durch die von Deutsch-
land angebotene untrügliche Unter-
stützung auch die Möglichkeit dieser Angaben be-
wiesen werden. Allein wegen des klaren Elements
der kolonialistischen Machtüberfall in Valencia, die sich
nicht ohne Grund nach dem Vorkonflikt von Palma
hinunter unter die rote Verleumdung fallen.

Ingründigen Zweifel in die Möglichkeit des Ver-
standes aufkommen zu lassen, ist die deut-
sche Reichsregierung unerschrocken.

Denn diese verlässliche Abklärung war nicht nur zu
erwarten, sondern sie war gerade selbstverständlich.
Die Durchführung einer solchen internationalen Unter-
suchung aber würde im roten Spanien natürlich
vollkommen unmöglich sein, und außerdem, wie sich
aus den Erfahrungen gemachter anderer Angelegen-
heiten, z. B. des Verleumdung, in anderen Fällen er-
geben hat, eine so lange Zeit in Anspruch nehmen,
daß unter solchen Umständen ein weiteres Vor-
kommen der Mächte nicht nur unmöglich wäre,
sondern in den Augen der kolonialistischen Ver-
brecher geradezu den Charakter des Überlebens er-
halten müßte.

Deutschland wollte die Solidarität noch retten!

4. Um aber das Versagen für die Durchführung
einer Einigung zu sein, hat die deutsche
Reichsregierung im Verlauf der Londoner Ber-
atungen ihre untrüglichen Vorläufe
berz: Geratig gemacht. Daß sie nicht nur
auf jede praktische Verlegung, sondern auch auf die
Unterstützung der spanischen U-

Boote vergrößerte und nur mehr die sofortige gemeinsame Flucht...

Es würde außerdem natürlich ein letztes Schiff — wie dies in einem empörenden Verbrechen...

Unter solchen Voraussetzungen ist aber auch die ganze Kontrolle unmöglich...

Deutschland wird sich nun selber schützen!

Denn wenn die kontrollierenden Schiffe nicht den unbedingten Schutz...

Die deutsche Regierung hat sich daher entschlossen, an der internationalen Kontrolle nicht mehr teilzunehmen...

Besuch in einem Schrottfabrikunternehmen
Berge von Altmetall im Industriegelände

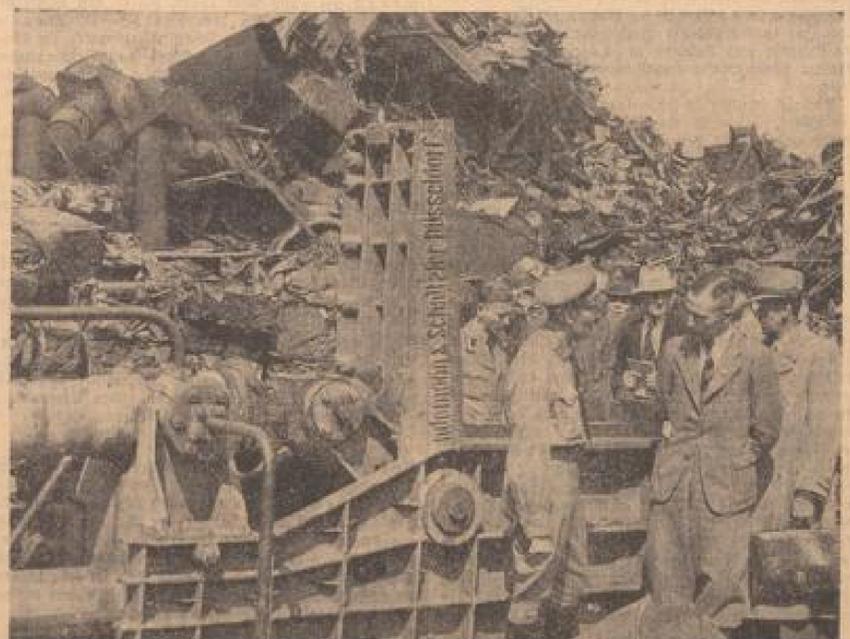
Großer Erfolg der Altmateriale Sammlung — Jedes Metallstück wird der Verwertung zugeführt

Der Vierjahresplan für Deutschland lautet als möglich vom Bezug ausländischer Rohstoffe freizumachen...

Leichtmetalle zu kleinen Paketen zusammengepreßt, die nun bequem an die Güterverke...

Wenige Schritte weiter lagern hochreines Eisen gesammeltes Stahl- und Schmiedeeisen.

Das wird mit einer Schrotthöhle verkleinert, die selbst schwere Eisenbahnwaggon mit Verlässlichkeit



In Hügeln türmt sich das gesammelte Altmaterial (Bild: J. Schmitt, Mannheim)

stehend auf der ganzen Linie in Angriff genommen hat.

Durch die Altmateriale Sammlung ist der Bedarf des früher oft geringfügig angelegenen Sammelwerks wieder zu Werke gekommen.

zerstört. Dikere Offentelle werden autogen aus-einandergeschwächt.

Rohschwere Materialien, vor allem Maschinen- und Werkzeugteile...

Viele Tausende Altmaterialien werden allmählich in Mannheim gesammelt.

viele Tausende bei der Entzerrung der Dörfer und Landschaften gewonnen.

Viel, was man früher als Alt-Material angesehen und sofort der Verwertung zugeführt hat...

Es lehrte dieser Vormittag, daß alles geschieht, um das große Werk des Vierjahresplans zu fördern.

Deutsche Kolonialausstellung

Nur Wochen interessanter Besuch in den Rhein-Redar-Hallen

Am 1. Juli wird in den Rhein-Redar-Hallen die große Deutsche Kolonialausstellung...

Die wichtige und in unseren Tagen ganz bedeutsame Schau wird von der Reichsregierung...

In unvollender und großzügiger Weise will die Ausstellung das Volk und die Reichsregierung...

aufzuweisen, die hohe wirtschaftliche Bedeutung von Kolonialbesitz...

Von besonderem Interesse dürfte sein, daß die einheimische Industrie...

In den Ausstellungsräumen der Ausstellung kann man sich über die Provenienz...

Es werden gemunkelt:

Table with columns: Tag, Jahrgang 1937, and Name of the person mentioned.

Die Musterung findet im Rathaus statt. Sie beginnt pünktlich 7.30 Uhr.

Reizvolle Pfalzwanderung des Schwarzwaldbereins

Es war ein idealer Wandertag, dieser vergangene in der Stadt so sehr vergessene Sonntag.

Blau oder braun — was wählen Sie?

Sieht nicht ein braungebrannter Mensch viel gesünder und sportlicher aus?



Die Stadtseite

Mannheim, 24. Juni.

Deutschlandflug 1937: Schloffer und Pfanner erzählen

Seltener war auf dem Flugplatz trotz des herrlichen Wetters herrlich wenig los.

Unsere Beobachter, Schloffer und Pfanner, die an der Wassertrappe hängen...

Und jeder Schrotthändler ist stolz auf diese Weise an der Durchführung des Vierjahresplans beteiligt zu sein.

So wie das Altmaterial beim Wert ankommt — auf dem Böhmerweg...

Unter den Augen sei einem mehr wie einmal ein Stuppel verkommen, so daß man drei- und viermal zur Landung ansetzen mußte.

In unvollender und großzügiger Weise will die Ausstellung das Volk und die Reichsregierung...

Notwendige Lockerung, aber nicht Aufhebung des Arbeitszeitgesetzes

Die durch den Wirtschaftskreislauf bedingte Erhöhung des Auftragsbestandes...

Die Arbeit der Arbeiter im Reichsarbeitsministerium...

Das ist die Unternehmung über die geordneten Verhältnisse...

Der Reichstag hat beschlossen, daß der geordneten Zustand...

Die Reichsfinanzverwaltung. Die Ausgaben des Reichs...

Table with multiple columns containing financial data, stock prices, and exchange rates under various headings like 'Frankfurt', 'Anleihen', 'Goldhyp.', etc.

Besuchen Sie zuerst - Vergleiche ziehen - alle Möbelschätze Mannheims. Und dann erst beschließen Sie unsere große Verkaufsausstellung

Large advertisement for furniture and home goods, including sections for 'Offene Stellen', 'Lehrling', 'Mädchen', 'Arbeiter', 'Eis Schränke', 'Vermietungen', 'Grobabnehmer für Büromöbel', etc.

Advertisement for 'Einkoch-Gläser' and 'Einkoch-Apparate' by Anker, featuring images of glassware and kitchen equipment.

Advertisement for 'Lehrmädchen' and 'Stellengesuche', listing various job openings and educational opportunities.

Advertisement for 'Hypothecken' and 'Eigentüme', detailing financial services and real estate offerings.

Large advertisement for 'Reichs-Lotterie für Arbeitsbeschaffung' with the slogan 'Sie marschieren wieder' and 'Für die', featuring illustrations of marching soldiers.

